Donnerstag, 19. April 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 150 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 184 (Ausgabe für Berlin)

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Neue Maßnahmen zur Stützung der Mark.

Einschränkung der Einfuhr. — Allgemeine Anmeldepflicht für Devisen.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Vor einer Notverordnung.

Reichsregierung und Reichsbank haben sich, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, zu einer neuen devisenpolitischen Taktik entschlossen. Es soll jedoch bei diesen börsenmäßigen Maßnahmen nicht sein Bewenden haben, sondern die Stützungsaktion soll jetzt durch konkrete handels- und währungspolitische Maßnahmen verstärkt werden. Darüber wird folgendes amtliches Communiqué verbreitet:

Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett heute im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zweck sollen, abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungstätigkeit, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden: 1. Eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr; 2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für Besitz an Devisen nach dem Stand des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

Die Einschränkung der Einfuhr kann entweder das Verbot der Einfuhr bestimmter Luxuswaren oder aber darüber hinaus das Abhängigmachen der Einfuhr von bestimmten Bedingungen bedeuten. Es ist nicht zu ersehen, in welcher Weise diese Maßnahmen durchgeführt werden sollen, ob auf dem Wege über die Außenhandelsstellen oder gar etwa auf dem Wege der Zuteilung des Devisenbedarfs für die Importeure etwa im Rahmen einer Devisenzentrale. Ob die Einführung einer solchen Devisenzentrale beabsichtigt ist, geht aus der amtlichen Meldung, die von einer „Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für den Besitz an Devisen" spricht, zunächst nicht hervor. Es wäre auch möglich, daß die Einführung dieser Anmeldepflicht nur als psychologisches Abschreckungsmittel gedacht ist. Mit der Einführung dieser Anmeldepflicht für Valutenbesitz wird eine unserer alten Forderungen erfüllt. Im besonderen muß verlangt werden, daß die Banken ihre Valutenbestände der Reichsbank gegenüber auch fortlaufend evident halten. Unseres Wissens sind heute die Valutaguthaben bei vielen Bankinstituten größer, als die Gesamtheit der Markdepositen. Mit dieser statistischen Evidenzpflicht wird den Banken sicherlich nicht zuviel zugemutet. Im besonderen wäre noch zu fordern, daß die Kohleneinfuhr zentralisiert und überwacht wird, so daß nicht übermäßige Eindeckungen und Vorratskäufe namentlich von solchen Industrien vorgenommen werden, deren Produktion in diesen Monaten des Ruhrabwehrkampfes nicht lebenswichtig ist. Wir vermissen in der Ankündigung vor der Hand noch Maßnahmen allgemeiner kredit- und währungspolitischer Art. Wir denken dabei an allgemeine Kreditbeschränkungen, an die Einführung des Goldhandelswechsels und die Emission von Goldschatzanweisungen, die auch mit Papiermark bezahlt werden können. Die Maßnahmen der nächsten Zeit müssen unbedingt darauf gerichtet sein, den Ueberfluß an Papiergeld abzuschöpfen, um eine gewisse Verknappung der Zahlungsmittelversorgung herbeizuführen. Nur so können die Devisenkurse mit Erfolg unter Druck genommen werden.

(Siehe auch Seite 2.)

Englische Arbeiterführer über die Lage an der Ruhr.

Gegen die französischen Gewaltmethoden.

Die maßvolle Haltung der deutschen Arbeiter. — Die Untätigkeit der britischen Regierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 19. April.

Die Delegation der britischen Arbeiter, die das Ruhrgebiet bereist hat, veröffentlicht jetzt ihren Bericht. Die Delegation war in Köln und Düsseldorf, wo sie von General Degoutte empfangen wurde, weiter in Essen, Bochum und in Berlin. Die Reise dauerte ungefähr eine Woche. Wir geben aus dem umfangreichen Bericht folgende Einzelheiten wieder: „Die Haltung der Arbeiter war vernünftig und maßvoll. Viele von ihnen geben zu, daß Deutschland Reparationen zahlen müsse. Aber wie ein Mann waren sie gegen eine Zerstückelung Deutschlands. Sie empfinden reichlich national oder was wir patriotisch nennen würden. Aber diese Gesinnung ist nicht auf einen Einfluß von seiten der Regierung oder der Unternehmer zurückzuführen. Tatsächlich stellen die Arbeiter das mächtigste Element des Widerstandes gegen die französische Okkupation dar. Die Stimmung der Industriemagnaten gegenüber Frankreich ist viel unsicherer als die der Arbeiter. Sie glauben nicht, daß Frankreich nur Reparationen will. Es ist ein Wunder, daß sich nicht mehr Zusammenstöße mit der Bevölkerung ereignen. General Degoutte hofft auf eine baldige Kapitulation Deutschlands. Aber hierfür liegen keine Anzeichen vor." Der Bericht spricht weiter von der schrecklichen Verschwendung von Menschen und Geldern. Mit dem Gelde, das die deutsche und die französische Regierung ausgeben, wäre man ein gutes Stück weiter gekommen auf dem Wege zur Regelung der Reparationsfrage. Zunächst koste die Besatzungsarmee das doppelte von dem, was die gleiche Truppenzahl in Frankreich kosten würde. Hierzu kommen die Löhne für die importierten Arbeiter, deren Zahl ungefähr 12 000 bis 15 000 beträgt. Andererseits zahle die deutsche Regierung ein Drittel bis zwei Drittel von den Löhnen der unbeschäftigten Arbeiter und große Summen für die Lebensmittelzufuhr. Die höchsten französischen Stellen schienen ganz getrennt von einander zu arbeiten. Die Soldaten wissen nichts von politischen und wirtschaftlichen Fragen. Generale sind hier am Ruder, und wenn nicht mehr wirtschaftliche als politische Gesichtspunkte maßgebend sein werden, wird die Lage verzweifelt sein. Der Bericht fährt fort: „Zweifellos träumen viele Leute in Deutschland von Rache. Ihre Anzahl ist durch die Ruhrbesetzung vergrößert worden, die das deutsche Volk zur Verzweiflung bringt. Die deutschen Militaristen können aber nur durch das deutsche Volk in Schach gehalten werden. Soweit wir es im Rheinland und im Ruhrgebiet feststellen konnten, bilden die Militaristen nur noch eine kleine Minderheit. Mehrmals haben wir uns über die Frage der Entmilitarisierung des linken Rheinufers unterhalten. Soweit die Entmilitarisierung keine bleibende Annexion darstellt, wurde sie gebilligt. Eine sehr wichtige deutsche Persönlichkeit sagte, man habe gegen eine internationale Gendarmerie auf dem linken Rheinufer nichts einzuwenden (?), wenn diese von neutralen Ländern gewählt werde."

Der Bericht behandelt sodann die Lage der englischen Besatzungsarmee in Köln, der das Zeugnis ausgestellt wird, daß sie das englische Prestige unter sehr schwierigen Verhältnissen zu wahren verstehe. **Trotzdem müsse die Stellung der englischen Vertreter untergraben werden, wenn die gegenwärtige Tatenlosigkeit der englischen Regierung andauere. Langsam aber sicher wachse das Empfinden, daß England ein Faktor sei, der vernachlässigt werden könne.** Der Bericht kommt zu folgender Schlußfolgerung: „Wir fanden einen Kriegszustand im Ruhrgebiet. Eine Armee ist in dieses Land eingedrungen, die Hotels, Lokomotiven, Automobile und öffentliche Gebäude beschlagnahmt, die Bürger als Geiseln verhaftet und eine bürgerliche Bevölkerung bestraft und ausweist. Wenn das nicht Krieg ist, so ist es schwer zu sagen, was es ist. **In Friedenszeiten muß ein solches Vorgehen ungesetzlich sein.** Wenn dieser Zustand fortdauern sollte, wäre er schon fürchterlich genug. Wenn die französische Armee aktiver werden sollte, wenn sie Eisenbahnlinien besetzen sollte, die noch nicht besetzt sind, wenn sie mit den Rechten und Freiheiten der westfälischen Bergarbeiter in Streit geraten sollte, dann könne folgende Entwicklung erwartet werden: 1. Hungersnot in einem dicht bevölkerten Gebiet, dessen Ernährung von der Aufrechterhaltung eines komplizierten Eisenbahnverkehrs abhängig sei; 2. allgemeine Unordnung und ein verzweifelter Kampf zwischen deutschen Bürgern und französischen Soldaten; 3. die grauenvollste Form des Krieges. Unter einer ruhigen Oberfläche träten dann Kräfte in Erscheinung, die weder von der französischen Armee noch von der deutschen Regierung kontrolliert werden können. Es ist so, als ob London von einer Armee von 100 000 Mann besetzt würde. Eine solche Macht kann Bürger niederschießen und den Terror ausüben, aber sie kann nichts beaufsichtigen. Sie läuft Gefahr, in den allgemeinen Ruin hineingerissen und selbst vernichtet zu werden. **Wenn die Besetzung der Ruhr gesetzlich ist, dann ist Macht Recht."** Mit den Mitteln des Versailler Vertrages könne man aus dieser Lage nicht herauskommen. Hierzu sei eine andere, wirklich internationale Körperschaft notwendig, in der Deutschland seinen Platz haben müßte. Da jeder Versuch gefährlich sein könnte, so solle man sofort einen Appell an Frankreich und Deutschland richten, ihre Reparations- und Sicherungsvorschläge einem internationalen Tribunal zu unterbreiten. Hierzu müsse die englische Regierung die Initiative ergreifen. Keine Bemühung dürfe gespart werden, um in dauernder Berührung mit beiden Parteien zu bleiben, und um jede neue Entwicklung auszunützen. „Wir wissen, daß dieser Vorschlag von einer großen Zahl deutscher Arbeiter begrüßt wird. Andererseits aber glauben wir, daß die Krise nicht gelöst werden kann, wenn man die Deutschen, Franzosen und Belgier allein läßt. In diesem Falle werden sie ihren Kampf durchführen, was die fürchterlichsten Folgen für Europa und die Welt haben wird." Verfaßt ist der Bericht von den Parlamentsmitgliedern Tom Shaw, Adamson, Charles Buxton und Thomson.

Englands Ausschaltung in der Rheinlandkommission.

Ein offenes Urteil.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 19. April.

Die „Westminster Gazette" bringt einen scharf gehaltenen Artikel über die Ausweisung des Fürsten Hatzfeld aus Koblenz. Diese Maßnahme stelle den tiefsten Punkt der Minderung des englischen Einflusses im Ruhrgebiet dar. Lord Kilmarnock tappe im dunkeln über alles, was sich jetzt im besetzten Gebiet ereigne, denn die Deutschen hätten jetzt keinen Kanal mehr, durch den sie ihre Angelegenheiten vorbringen könnten. Kurz gesagt, die Franzosen seien die absoluten Herren der Lage, ausgenommen die kleine englische Oase in Köln.

Der Schmuggel am Rhein.

Die deutschen Grenzen im Westen von allen Kontrollorganen entblößt. — Die Hilferufe der Bürgermeister und Landräte.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

✕ **Köln**, im April.

Eine wirtschaftszerstörende Begleiterscheinung der Ruhraktion, die bisher in der Oeffentlichkeit nicht die genügende Beachtung fand, ist die bedrohliche Zunahme des Schmuggels an der luxemburgischen, belgischen und vor allem holländischen Grenze. Infolge der gänzliche Ausschaltung der deutschen Zollbeamten und jeglicher Sicherheitsorgane durch die Franzosen und Belgier sind die Grenzbezirke im Westen für den Schmuggel vollkommen frei. Die Zollabgabe an die französische Behörde, die bekanntlich deutscherseits verboten ist, findet nur vereinzelt statt. Im übrigen kümmert sich kaum noch jemand um die gesetzlichen Bestimmungen. Ein Heer von Schmugglern, in dem sich alle möglichen Elemente zusammenfinden, vom Kleinhauern und Fuhrknecht bis zum internationalen Schieber, ist Tag und Nacht in den Grenzgebieten tätig. Ein ungeheurer Strom von Schmugglerwaren ergießt sich über die westlichen Provinzen und macht sich bis ins Innere Deutschlands fühlbar. Eine rationelle Preisregulierung durch den legitimen Handel ist infolgedessen sehr erschwert. Die Stadt Köln sah sich in letzter Zeit zu scharfen Maßnahmen genötigt. Die Zweigstelle Köln des Landespolizeiamtes, die für das altbesetzte Gebiet tätig ist, ließ durch ihre Beamten die wichtigsten Zugangsstraßen absperren und die Bahnhöfe streng kontrollieren. Alle verdächtigen Personen und Autos wurden untersucht. Das Ergebnis war überraschend. Innerhalb weniger Stunden wurden für viele Millionen Mark Waren, die man eingeschmuggelt hatte, beschlagnahmt. Auf dem Polizeipräsidium stauten sich Kisten und Koffer, die besonders Kakao, Kaffee und Tabak enthielten.

Der Leiter des Innen- und Außendienstes der obengenannten Stelle, Polizeiinspektor Streichert, machte mir bemerkenswerte Angaben über die Entwicklung des Schmuggels in den westlichen Grenzbezirken. Danach hat kurz nach der Revolution eine unheimliche Steigerung des Exportschmuggels eingesetzt, dem später ein ebenso reger Importschmuggel folgte. Es herrschten geradezu Wildwestzustände an den dortigen Grenzen. Die Schmugglertrupps, die gut bewaffnet waren und in großen Lagern mit ihrem Troß biwakierten, terrorisierten die Bevölkerung. Besonders schlimm waren die Zustände in der Gegend von Kaldenkirchen. Erst nachdem sich der Minister des Innern persönlich von den unhaltbaren Verhältnissen überzeugt hatte, griff man durch. Es wurden mit Genehmigung der Besatzungsbehörden Stoßtrupps ausgerüstet, die unter der Führung von bewährten Berliner Kriminalkommissaren in das Grenzgebiet entsandt wurden. In regelrechten Feuergefechten wurden die Schmugglerbanden überwältigt und unschädlich gemacht. Diese Stoßtrupps waren im ganzen linksrheinisch gelegenen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf tätig. Die Haupttruppe, die bei Kaldenkirchen operierte, zählte 65 Mann. Eine kleinere Schar war in der Umgegend von Herzogenrath tätig. Außerdem hatte man eine sogenannte Hinterlandskolonne organisiert, die in Wesel stationiert war. Diese fliegenden Kolonnen haben sich bisher als sehr wirksam erwiesen. Sie werden von den Schmugglern, die oft mit starken Vorhuten auftreten, am meisten gefürchtet, weil sie hier und dort überraschend auftauchen. Die Gepflogenheiten des einzelnen feststationierten Kontrollbeamten sind bald bekannt und werden auch häufig von der eingesessenen Bevölkerung selbst verraten. Ortsfremde Beamte sind am ehesten fähig, bei der Bekämpfung des Grenzschmuggels wirksame Hilfe zu leisten.

Solange die fliegenden Kolonnen volle Aktionsfreiheit besaßen, blieb der Bandenschmuggel eingedämmt. In der Mitte des vorigen Jahres begannen indessen die Schmuggler wieder auf der ganzen Linie mit verstärkter Initiative ihr verbotenes Handwerk aufzunehmen. Es zeigte sich, daß die Zahl der deutschen Zollbeamten viel zu schwach war, um eine straffe Kontrolle durchzuführen. In manchen Nächten war der Ansturm der Schmugglerscharen so heftig, daß die schwache Linie der deutschen Zollbeamten buchstäblich überrannt wurde. Aus allen Teilen des Landes wurden dringende Gesuche von den leitenden Kommunalbeamten und Landräten an die Regierung um Hilfe gerichtet. In einem Schreiben des Landrates von Wehr heißt es: „Wie ich vernehme, nimmt der Verkehr auf der Kreisbahn, mit welcher täglich Hunderte unlauterer Elemente aus den Städten zur Grenze kommen, von Tag zu Tag zu. Es muß zugegeben werden, daß eine Beamtendoppelpatrouille diesen Massen gegenüber vollkommen machtlos ist. Besonders an der Endstation Tüddern und in der Ortschaft Tüddern soll ein ganz besonders starker Schmuggelverkehr herrschen."

Wie schwierig oft die Ausübung des Kontrolldienstes ist, dafür ein Beweis. Bei Herzogenrath ist zum Beispiel die Fährstraße neutrales Gebiet, während die eine Häuserreihe auf deutschem, die gegenüberliegende auf holländischem Boden steht. Die Beamten brauchen nur den Rücken zu wenden und die Schmuggler können mit ihrer Beute unbemerkt auf das andere Gebiet laufen. Die Schmuggler ersinnen immer neue Tricks. So wurden vor einiger Zeit zahlreiche Gesuche um Ausfuhrbewilligung für Wohnungswagen eingereicht, mit denen die Schaubudenbesitzer von einer Messe zur anderen zu fahren pflegen. Als man in Düsseldorf einige dieser Wagen anhielt, fand sich, daß sie bis an die Decke mit fabrikneuen Waren vollgepfropft waren, für die weder eine Ausfuhrbewilligung vorlag, noch Zoll bezahlt worden